



Innenausschuss

89. Sitzung (öffentlich)

8. September 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:30 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Stefanie Lang

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

7

Vorsitzender Daniel Sieveke stellt das Einvernehmen des Ausschusses fest, die Behandlung des ursprünglich unter 7 vorgesehenen Tagesordnungspunktes „Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/11887 ‚Verkehrssicherheit gewährleisten – Diskriminierung von Cannabis-konsumenten verhindern!‘ „, zu vertagen.

1 Gesetz zur Stärkung des Kreistags

8

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12362

Stellungnahme 16/4025

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an einer Anhörung zu beteiligen, sofern der Ausschuss für Kommunalpolitik eine solche beschließt.

2 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 9

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363

Stellungnahme 16/4026

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an einer Anhörung zu beteiligen, sofern der Ausschuss für Kommunalpolitik eine solche beschließt.

3 Null Toleranz gegenüber Sabotageakten und Anschlägen auf Tagebaue – Landesregierung muss klares Signal setzen 10

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11895

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/11895 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – VSG NRW) 18

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11892

Und:

Sechstes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12120
Ausschussprotokoll 16/1389

– abschließende Beratungen und Abstimmungen –

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 16/11892 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12120 wird in geänderter Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion angenommen.

5 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden

30

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11903

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Ausschuss zeigt sich damit einverstanden, den Antrag auf die nächste Sitzung des Innenausschusses zu schieben.

6 Aufnahmesystem für Asylsuchende an Zugangssituation anpassen – Neuorganisation der Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen notwendig

31

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11897

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum) –

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die

Stimmen der CDU und bei Stimmenthaltung der FDP dem federführenden Ausschuss, den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/11897 abzulehnen.

7 „Smart- und Safe-City-Konzepte“ brauchen transparente Regeln und öffentliche Kontrolle 33

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12342

– Bericht der Landesregierung –

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/12342 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

8 Es ist fünf nach zwölf! – Ganzheitliches Handlungskonzept zur Prävention von Radikalisierungen, insbesondere des gewaltbereiten Salafismus, endlich entwickeln und wissenschaftlich begleiten lassen 37

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12341

– Beratungsverfahren –

Der Ausschuss beschließt, am 3. November 2016 eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen.

9 Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls 38

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12344

– Beratungsverfahren –

Der Ausschuss beschließt, am 27. Oktober 2016 eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen.

Innenausschuss

08.09.2016

89. Sitzung (öffentlich)

Lg

10 Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 39

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12361

– Beratungsverfahren –

Der Ausschuss zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden und beschließt, die Anhörung am 27. September 2016 dementsprechend durchzuführen.

11 Bericht zu den Vorwürfen gegen den Sicherheitsdienst in der EAE Burbach 40

Bericht der Landesregierung

12 Auflösung eines Kirchenasyls in Münster (s. Anlage) 46

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4220

13 Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft in Altena: Warum wurden bei den polizeilichen Ermittlungen offenbar eindeutig rechtsextreme und rassistische Inhalte auf den Mobiltelefonen der Beschuldigten übersehen? (siehe Anlage) 48

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4219

14 Stand Liegenschaftsplanung Landesaufnahmesystem Asyl in Nordrhein-Westfalen (siehe Anlage) 49

Vorlage 16/4167

In Verbindung mit:

Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen (siehe Anlage)

Vorlage 16/4193

15 Wie und warum beteiligt sich Nordrhein-Westfalen an den Planspielen der Bundesregierung zum Einsatz der Bundeswehr im Inland? (siehe Anlage) 52

Bericht der Landesregierung

16 Integriertes Rückkehrmanagement NRW 56

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4221

* * *

10 **Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12361

– Beratungsverfahren –

Vorsitzender Daniel Sieveke stellt fest, der Gesetzentwurf sei nach erster Lesung an den Innenausschuss überwiesen worden. Der Ausschuss habe zu dem themenverwandten Antrag der CDU Drucksache 16/12121 – Rechtliche Hürden für polizeiliche Videobeobachtung senken – mehr Sicherheit ermöglichen! – bereits eine Anhörung mit Livestream beschlossen, die nun modifiziert werden solle. Grundlage einer Anhörung sollten jetzt sowohl der Antrag als auch der Gesetzentwurf sein.

Thematisch gliedere sich die Anhörung in die Bereiche Videobeobachtung, Kennzeichnungspflicht und Bodycam. Im Kreis der Obleute sei als Anhörungstermin Dienstag, der 27. September 2016, 13:30 Uhr, vereinbart worden. Es handele sich um einen zusätzlichen Termin.

Der Ausschuss zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden und beschließt, die Anhörung am 27. September 2016 dementsprechend durchzuführen.

